

Änderungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Nicole Maisch, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Kai Gehring, Christine Scheel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10423, 16/10424, 16/10425 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltplans für das Haushaltsjahr 2009
(Haushaltsgesetz 2009)**

**hier: Einzelplan 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

Schaffung eines neuen Titels: Zuschüsse zur sektorspezifischen Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher („Watchdogs“) für die Bereiche Energie, Telekommunikation und Finanzmarkt in Höhe von 70 Mio. Euro.

Berlin, den 25. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen professionelle Unterstützung, um ihre Interessen gegenüber der Wirtschaft wirksam durchsetzen zu können. Zur Stärkung der sektorspezifischen Verbraucherinteressenvertretung auf den liberalisierten Märkten Energie und Telekommunikation sowie auf dem Finanzmarkt sollen „Watchdogs“ unter dem bewährten Dach der Verbraucherverbände institutionalisiert werden. Die „Watchdogs“ sollen Instrumente zur Verbraucheraufklärung weiterentwickeln. Außerdem haben sie die Aufgabe, den Markt zu beobachten, Missstände an die Regulierungs- und Aufsichtsbehörde zu melden und diese zur Beseitigung aufzufordern. Darüber hinaus sollen sie als Beschwerde- und Schlichtungsstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher fungieren.

Mit der Einführung der „Watchdogs“ soll die unabhängige Interessenvertretung für Verbraucherinnen und Verbraucher weiterentwickelt und die wichtige Arbeit der derzeitigen verbraucherpolitischen Strukturen in Deutschland unterstützt werden. Die Verbraucherberatung bleibt weiterhin Aufgabe der Verbraucherkonzentralen der Länder.